Arming Africa

„Global Governance“ mit „Boots on the Ground“: Krisenmanagement in Afrika

Aus europäischer Sicht befindet sich Afrika in einer Dauerkrise. Die von der UNO formulierten Ziele, extreme Armut und Hunger auch auf diesem Kontinent zu halbieren, flächendeckende Grundschulbildung einzuführen, die Säuglingssterblichkeit drastisch zu reduzieren und die Lebenserwartung deutlich zu steigern, wurde de facto längst aufgegeben. Für viele Länder in Afrika bestehen nicht einmal entsprechende Indikatoren oder sind diese rückläufig. Nie zuvor haben laut einer Statistik der Welternährungsorganisation FAO mehr Menschen an Hunger gelitten, als im vergangenen Jahr, der Anteil der Unterernährten ist in Afrika höher als sonst irgendwo auf der Welt.

Da die strukturellen Ursachen dieser Dauerkrise nicht zur Diskussion stehen, richtet man sich auf deren kontinuierliches Management ein. Anstatt der Ursachen werden diejenigen Symptome bekämpft, die als Bedrohung für den globalen Norden wahrgenommen werden: periodisch aufflammende Gewaltkonflikte, Kriminalität, unkontrollierte Migrationen. Die verarmte Bevölkerung selbst gilt als Risiko und ihre Befriedung als Voraussetzung für jeglichen Fortschritt: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ heißt die Devise. Die durch Armut, Entwurzelung, Umweltzerstörung und Ausbeutung verursachten Konflikte sollen kontinuierlich stabilisiert werden, indem Armeen und Polizeikräfte afrikanischer Staaten und Regionalorganisationen unter Anleitung und Aufsicht der OECD-Welt aufgebaut und ausgerüstet und von den Kommandohügeln der Global Governance in den Einsatz geschickt werden. Für besonders kritische Situationen, in denen vitale Interessen westlicher Akteure auf dem Spiel stehen, hält die EU u.a. eigene Battlegroups bereit, auch die US-amerikanische Marine umschifft den Kontinent regelmäßig. Für die alltägliche Stabilisierung alltäglicher Armutskonflikte soll jedoch auf „Boots on the Ground“ zurückgegriffen werden. „Local Ownership“ heißt das dann.

Zum Auftakt des IMI-Kongresses 2009 versuchten Jonna Schürkes, Kevin Gurka und Christoph Marischka die Stabilisierungsbemühungen des globalen Nordens beispielhaft anhand des Kontinents Afrika grafisch zu veranschaulichen. Die Auftaktveranstaltung fand exakt 125 Jahre und fünf Tage nach dem Beginn der Berliner Afrika-Konferenz statt,

Afrika mit den heutigen Grenzen

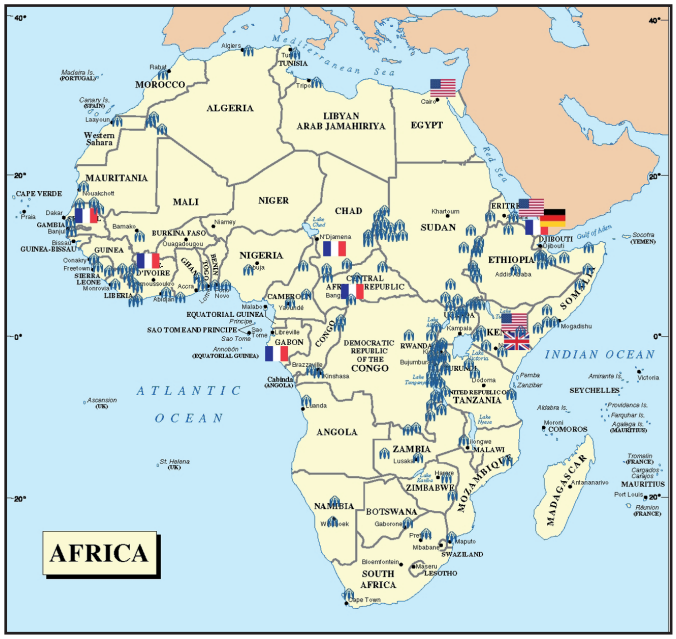
auf dem sich die damaligen Kolonialmächte unter deutscher Federführung auf das Prinzip der effektiven Besatzung einigten und damit eine weitere Runde im europäischen „Wettlauf um Afrika“ einläuteten. Da sich dieser Wettlauf in der Folge zunehmend auf das afrikanische Hinterland bezog – zuvor wurden große Territorien allein aufgrund einzelner Stützpunkte an der Küste und in Küstennähe reklamiert – zeichnete er sich durch die verstärkte Einbeziehung und Bewaffnung afrikanischer Akteure aus. Die Folgen und Kontinuitäten dieser Kolonialisierung und Militarisierung sind bis heute sichtbar – etwa durch die Unterstützung der jeweiligen Regierungen durch die ehemaligen Kolonialmächte oder die französischen und britischen Militärbasen in den ehemaligen Kolonien.

Afrika in den Kolonialgebieten von 1914 und mit den heuiigen französischen, britischen, US-amerikanischen und deutschen Militärbasen

Flüchtlingslager

Eine nahezu flächendeckende Präsenz der internationalen Gemeinschaft ergibt sich durch Internationale Organisationen wie UNICEF, das World Food Programme oder das UNHCR. Obwohl diese vornehmlich humanitäre Ziele verfolgen, spielen sie eine wichtige Rolle in vielen Konflikten und bei deren Transformation. Sie übernehmen zahlreiche staatliche Funktionen und üben so eine eigene Souveränität aus. Um etwa Sicherheit in Flüchtlingslagern herzustellen, wird auf private Sicherheitskräfte zurückgegriffen, während zugleich den staatlichen Sicherheitskräften der Zutritt zu den Lagern verwehrt wird. Das UN-Flüchtlingskommissariat selbst spricht von der Flüchtlingspopulation als „Bevölkerung unter Verantwortung des UNHCR“. Dabei handelt es sich gegenwärtig afrikaweit um etwa 10 Mio. Menschen, von denen etwa 8 Mio. innerhalb eines Staates auf der Flucht sind. Die größten Flüchtlingspopulationen befinden sich gegenwärtig in Ostafrika bzw. am Horn von Afrika (5,7 Mio.) und in der Region der Große Seen (3,15 Mio.) in Westafrika leben etwa 0,9 Mio. und in Südafrika etwa 0,4 Mio. in Lagern des UNHCR.

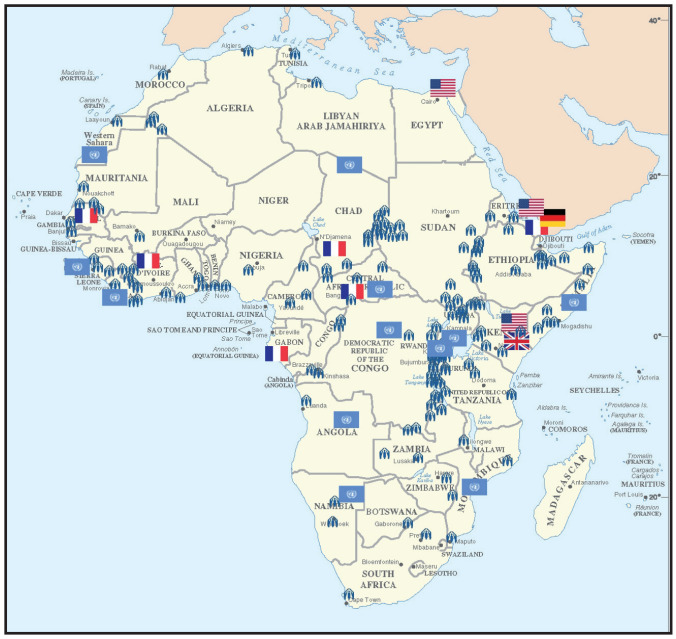
Rechts oben: Präsenzen und Flüchtlingslager des UNHCR (unvollständig)



UN-Missionen in den 1990er Jahren

In den 1990er Jahren nahm die Zahl der UN-Missionen, nicht zuletzt wegen des Endes der Blockkonfrontation, insbesondere in Afrika schlagartig zu. Einige der eher erfolgreichen UN-Missionen begleiteten das Ende von Stellvertreterkonflikten zwischen NATO und Warschauer Pakt oder die Überwachung von Waffenstillstandabkommen. Im Verlaufe der 1990 Jahre nahmen gegenüber diesen Beobachtermissionen diejenigen umfangreichen UN-Missionen zu, die ein wesentlich umfangreicheres Ziel (State-Building) verfolgten und tausende von Soldaten mit robustem Mandat umfassten. Die meisten dieser Missionen wurden als Fehlschläge abgebrochen (Somalia) oder dauern bis heute an, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre (DR Kongo). Die Soldaten für diese umfangreichen Missionen stammten zunehmend selbst aus Ländern des globalen Südens.

Rechts mitte: UN-Missionen, die seit 1989 begannen
Rechts unten: Einsätze unter dem Banner der ECOWAS



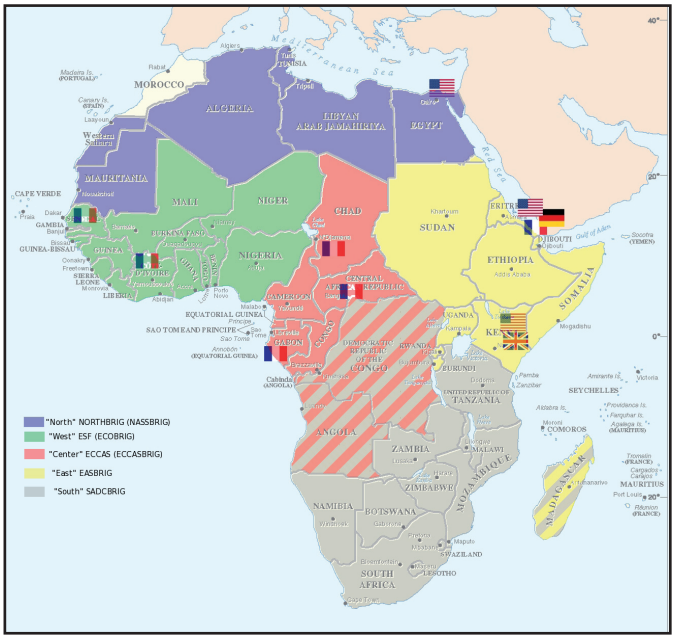
Militarisierung der ECOWAS

Ebenfalls in den 1990er Jahren begannen die ersten afrikanischen Militäreinsätze im Rahmen der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, wobei die ECOWAS als Wirtschaftsbündnis keinerlei sicherheitspolitisches Mandat hatte und nicht als Regionalorganisation im Sinne der UN-Charta gelten konnte. Tatsächlich handelte es sich bei den Einsätzen unter dem Banner der ECOWAS 1990 in Liberia und 1997 in Sierra Leone tatsächlich um Interventionen der Regionalmacht Nigeria im Bündnis mit anderen anglophonen Staaten zugunsten von durch Großbritannien gestützten Akteuren. Als parteiische Streitkräfte wurden die ECOWAS-Truppen unmittelbar in Gefechte verwikkelt und trugen teilweise erheblich zur Eskalation bei. Der Versuch einiger francophoner Staaten, für ihre Intervention in Guinea-Bissau ebenfalls die ECOWAS zu instrumentalisieren, wurde von der internationalen Gemeinschaft schnell beendet. Trotz dieser negativen Bilanz galt die Militarisierung der ECOWAS als Vorbild für eine „Afrikanische Sicherheitsarchitektur“ und wur-

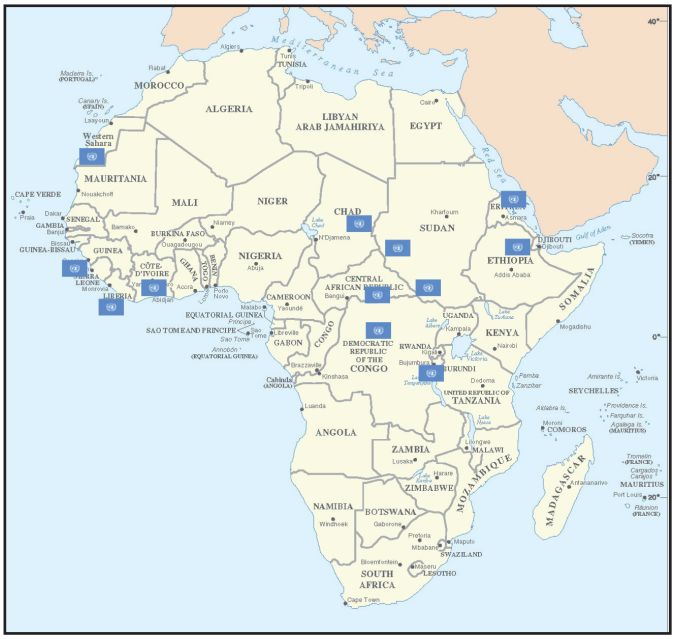
de seit der Gründung der „Afrikanischen Union“ im Jahr 2002 insbesondere durch die Europäische Union massiv unterstützt. Somit galt auch der ECOWAS-Einsatz 2003 in Côte d'Ivoire, der in enger Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich erfolgte, als rechtmäßig.

Eingreiftruppen und regionale Brigaden

Das militärische Engagement der ECOWAS diente dann auch als Vorbild für eine „afrikanische Sicherheitsarchitektur“ deren Aufbau wesentlich von der EU unterstützt und vorangetrieben wird. Voraussetzung für diese war die Neugründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) als Afrikanische Union (AU) im Jahr 2002. Im Gegensatz zur OAE beinhaltete die AU von ihrer Gründung an sicherheitspolitische Strukturen, welche gemeinsame Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent ermöglichen und die AU als Regionalorganisation mit Aufgaben und Befugnissen der kollektiven Sicherheit im völkerrechtlichen Sinn qualifizierten. Ähnlich wie bei der ECOWAS konzentriert sich die Förderung der AU durch die EU seither auf diesen sicherheitspolitischen Bereich, was zugleich zur Folge hat, dass demgegenüber diejenigen Strukturen in AU (und ECOWAS) verkümmerten, welche den afrikanischen Staaten durch Koordination (etwa in Handelsfragen) mehr Verhandlungsmacht gegenüber Dritten (wie der EU) verleihen sollten. Die „afrikanische Sicherheitsarchitektur“ umfasst u.a. einen afrikanischen Friedens- und Sicherheitsrat, einen Militärausschuss und ein Frühwarnsystem bzw. Lagezentrum, das Krisen und Konflikte auf dem Kontinent beobachtet. Kernstück soll eine 15.000 Mann umfassende Eingreiftruppe (African Standby Force, ASF) sein, welche sich aus regionalen Brigaden mit je bis zu 10.000 Soldaten zusammensetzt. Die regionalen Brigaden sollen durch die jeweiligen Regionalorganisationen in Nord-, West-, Süd-, Ost- und Zentralafrika aufgestellt und koordiniert werden. Aufbau und Einsätze der ASF sowie der regionalen Brigaden werden durch die EU finanziert und bleiben von deren logistischer und aufklärungstechnischer Unterstützung abhängig, auch das Training der afrikanischen Soldaten wird überwiegend von der EU und den ehemaligen Kolonialmächten koordiniert.



Links oben: Die afrikanischen Regionalorganisationen



Links unten: Einsätze unter UN-Führung seit 1999

UN-Einsätze seit 2000

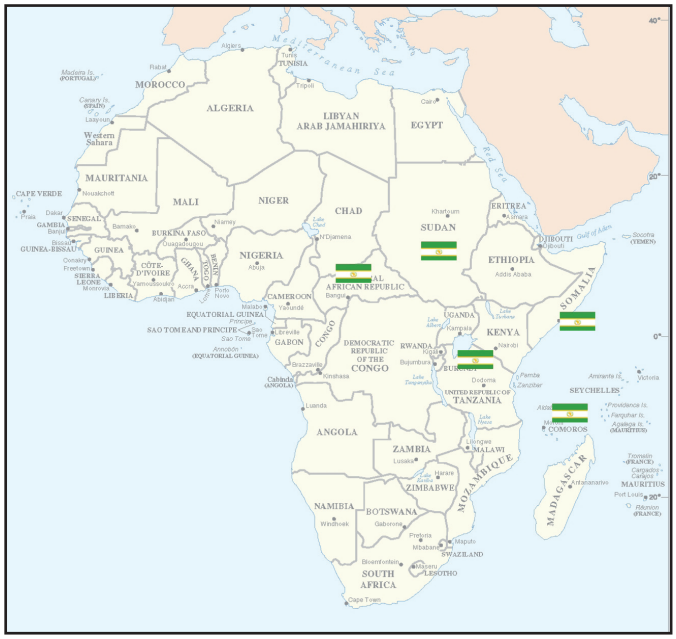
In den vergangenen neun Jahren haben sich die Trends bei UN-Missionen in Afrika aus den 1990er Jahren fortgesetzt. Die Missionen bestehen zu immer größeren Anteilen aus Soldaten aus dem globalen Süden, sie werden immer größer und umfangreicher, sowohl was das Personal angeht, als auch deren Aufgaben. Nahezu alle UN-Missionen in Afrika umfassen mittlerweile auch Polizei- und Gendarmerie-Einheiten. Ihre Aufgaben gehen weit über die Eindämmung bewaffneter Akteure hinaus und greifen tief in die Gesellschaften ein. So werden in Liberia von der UNMIL Teile der Bevölkerung aus den Wäldern vertrieben, um deren „nachhaltige“ Nutzung (u.a. durch internationale Konzerne) zu gewährleisten, während die MONUC im Osten des Kongo nicht nur den Zugang zu Minen und rohstoffreichen Gebieten kontrolliert, sondern auch den zu Waffen und Uniformen der staatlichen Armee. Über Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramme ist die UN auch an der Verteilung von Land an ehemalige Milizionäre beteiligt sowie an deren Ausbildung für und Eingliederung in verschiedene Wirtschaftsbereiche. De facto hat die UN auch die Kontrolle über das Strafsystem mehrerer afrikanischer Länder, gegenwärtig beispielsweise in Kenia, übernommen. Die UN-Missionen sind zugleich aber – insbesondere in der DR Kongo – auch zunehmend in heftige Auseinandersetzungen mit Milizen und Rebellengruppen verwickelt, bei denen es auch um den Zugriffe auf Rohstoffe durch verschiedene internationale Akteure geht.

Einsätze der Afrikanischen Union

Seit 2003 führt die Afrikanische Union friedenserzwingende Mission in Afrika durch. Keine Mission wäre ohne die logistische und finanzielle Unterstützung der NATO und/oder der EU realisierbar gewesen. Die erste Mission fand von 2003-2004 in Burundi (AMIB) auf Grundlage eines Friedensvertrages zwischen der burundischen Regierung und verschiedener Rebellenorganisationen statt. Die burundische Regierung hätte eine UN-Mission vorgezogen, allerdings hatte die größte Rebellenorganisation Burundis den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, weswegen die

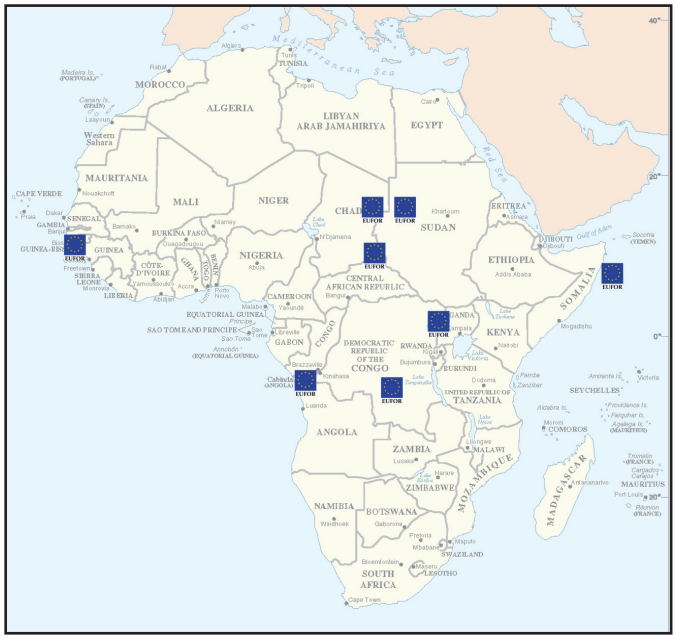
UN eine Mission ablehnte. Die AMIB-Truppen sollten in dem Land ausreichend Stabilität schaffen, um zu ermöglichen, dass die UN-Truppen einmarschieren. Im Mai 2004 wurde AMIB in die UN-Mission ONUB überführt, die Truppen der AU wurden allerdings de facto übernommen. AMIS, die AU-Mission in Darfur lief zwischen 2004 und 2007. Die NATO und die EU entsandten zur Unterstützung jeweils eine Mission. Die NATO unterstützte die AU vor allem logistisch, die EU schickte zusätzlich Militärberater in die Einsatzhauptquartiere und finanzierte die Mission mit insgesamt über 400 Millionen Euro. Ähnlich wie AMID wurde auch die AU-Mission in Somalia (AMISOM), die 2007 entsendet wurde, von der EU und der NATO unterstützt. Im Unterschied aber zu AMIS, die 2007 von einer Hybridmission zwischen AU und UN abgelöst wurde, scheint es aufgrund der instabilen Situation in Somalia in naher Zukunft keine UN-Mission in Somalia zu geben. Selbst die kleine, nur zwei Tage dauernde Mission auf den Komoren hätte die AU ohne die finanzielle Unterstützung der EU und die logistische Unterstützung Frankreichs nicht durchführen können.

Rechts oben: Einsätze der Afrikanischen Union

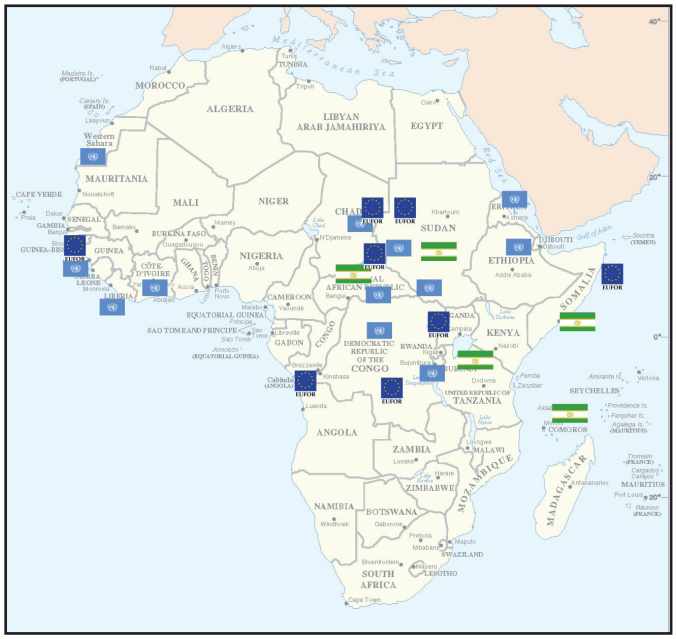


EU-Militäreinsätze

Während die UN-Einsätze sich beständig ausweiten und auch eine Tendenz zur Verstetigung aufweisen, hat die Europäische Union in Afrika ein militärisches Profil entwickelt, das kurzfristige Einsätze mit sehr beschränktem Aufgabenspektrum in enger Abstimmung mit der UN vorsieht. Ein erster Probeeinsatz der EU erfolgte 2003 in der kongolesischen Stadt Bunia und sollte der UN eine Auswechselung der dort stationierten Soldaten ermöglichen. 2006 erfolgte ein weiterer Einsatz in der DR Kongo mit der Aufgabe, in der Hauptstadt die Wahlen abzusichern. Beide Einsätze brachten zwar wichtige Erfahrungen in Bezug auf Führung, Logistik und Zusammenarbeit mit der UN mit sich, aber keinerlei Beitrag zur Verbesserung der Lage in der DR Kongo. Im Gegenteil muss sich die EU dem Vorwurf aussetzen, die Herrschaft des zunehmend autoritär regierenden Präsidenten Kabilas abgesichert und legitimiert zu haben. Auch der 2008 folgende EUFOR-Einsatz in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik trug eher zur Eskalation im Tschad bei und knüpfte an koloniale Strukturen an. Nachdem sich also EU-Militäreinsätze in der Stärke von Battlegroups als weitgehend wirkungslos bis kontraproduktiv erwiesen haben, ist in den nächsten Jahren eine verstärkte Hinwendung zu begrenzteren Einsätzen zur Sicherheitssektorreform in afrikanischen Ländern zu erwarten. Hierbei werden europäische Militär- und Polizeiberater entsandt, um neue Polizei-, Gendarmerie- und Militäreinheiten aufzubauen oder zu trainieren sowie die Streitkräfte zu reformieren. Erste Einsätze hierzu fanden seit 2005 wiederum in der DR Kongo statt, ein weiterer seit 2008 in Guinea-Bissau (während dessen Regierung und Generalstab ihre jeweiligen Führer gegenseitig ermorden ließen), weitere Einsätze sind gegenwärtig in Somalia/Uganda, Mali und Mauretanien geplant. Battlegroups werden jedoch weiterhin bereitgehalten, um UN-Einsätze zu initiieren, zu begleiten und in Schlüsselsituationen kritische Infrastrukturen wie Häfen, Flughäfen und Regierungsviertel abzusichern.



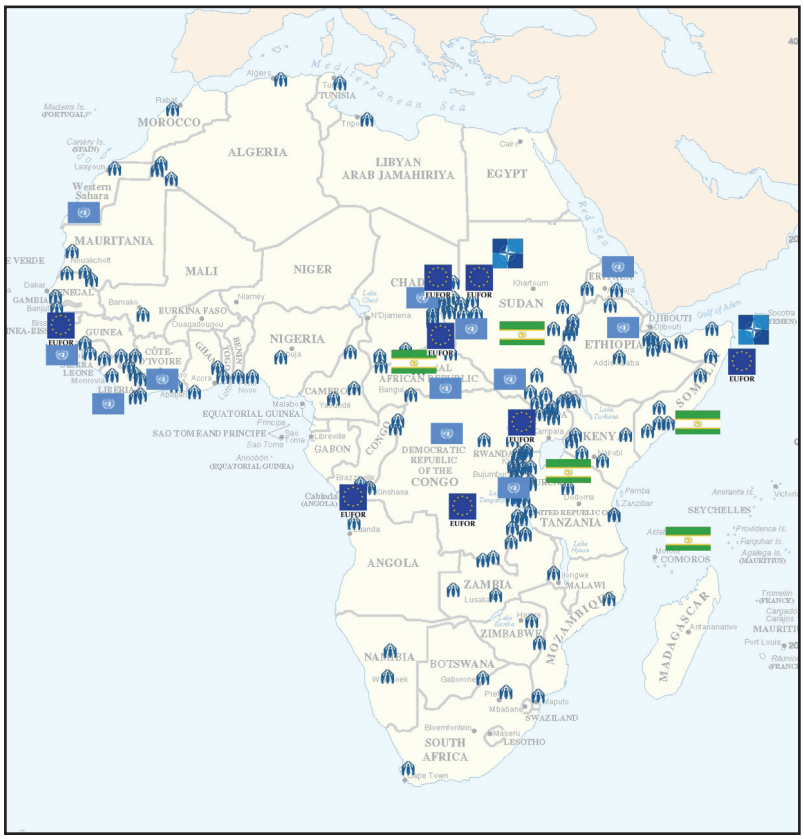
Rechts mitte: ESVP-Missionen in Afrika
Rechts unten: Einsätze der UN/AU/ESVP



Die NATO umschifft Afrika

Auch die NATO ist seit einigen Jahren verstärkt in Afrika aktiv. Für den Einsatz der Afrikanischen Union im Sudan (AMIS) koordinierte und unterstützte sie den Transport afrikanischer Soldaten ins Einsatzgebiet und deren Vorbereitung auf den Einsatz. Ihre weitere Verfügbarkeit für Unterstützung auch der Nachfolgemission unter gemeinsamer Führung von UN und AU (UNAMID) hat die NATO seither mehrfach bekräftigt. Das erste Manöver der NATO in Afrika (Steadfeast Jaguar) fand 2006 auf den Kapverdischen Inseln statt und basierte auf ähnlichen Szenarien wie UN-Missionen. Die westafrikanischen Küsten stellen neben dem Horn von Afrika auch einen deutlichen Schwerpunkt der NATO-Marineaktivitäten dar. Im Juli 2007 umschiffte ein Teil der NATO-Mittelmeerflotte ganz Afrika, um „die Fähigkeit der NATO zu demonstrieren, Sicherheit und internationales Recht auf hoher See zu gewährleisten". Hierzu passierte die Flotte die westafrikanische Küste, zeigte Präsenz im Niger-Delta und fuhr dann weiter nach Südafrika, wo eine gemeinsame Übung mit der dortigen Marine abgehalten wurde. Anschließend besuchten die Kriegsschiffe noch die Seychellen und hielten ein Manöver vor Somalia ab - wo ohnehin, ebenfalls seit 2001, ständig NATO-Schiffe im Rahmen der Operation Enduring Freedom präsent sind.

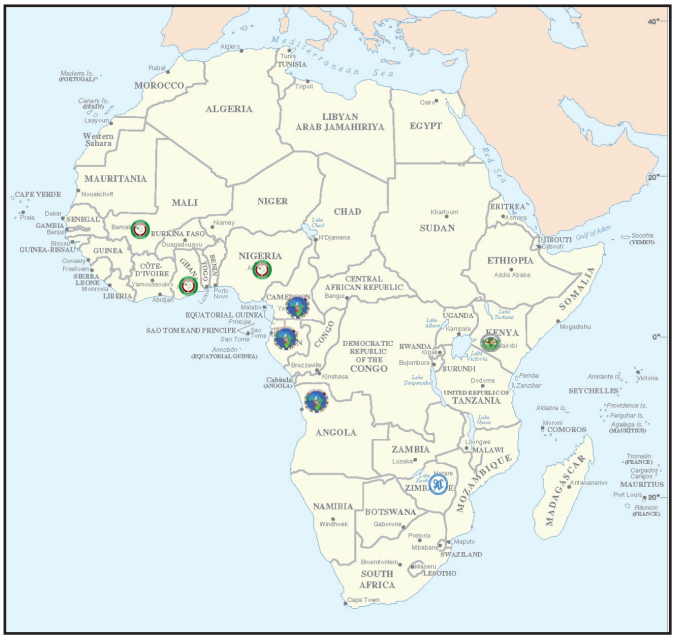
Links mitte : Die NATO ist insbesondere vor der ostafrikanischen Küste aktiv



Ausbildung von „Boots on the Ground"

Die Ausbildung der fünf Regionalbrigaden, die die African Standby-Force bilden sollen, geschieht in erster Linie in den verschiedenen Trainingszentren der Regionalorganisationen. De facto wird die Ausbildung und Aufstellung der ASF von europäischen Staaten über die Finanzierung dieser Zentren und der Entsendung europäischer Militärs in entscheidende Posten innerhalb der Ausbildungszentren kontrolliert. Die Ausbildungszentren in Westafrika, wo sich die meisten dieser Art befinden, sind das National Defence College in Abuja in Nigeria, das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Accra in Ghana (KAIPTC) und die École de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako in Mali. Die beiden letzteren werden direkt von Deutschland unterstützt. Bis 2006 wurde das KAIPTC durch Deutschland mit sechs Millionen Euro unterstützt, wovon über die Hälfte aus der Entwicklungshilfe stammen (3,5 Millionen aus dem Haushalt des BMZ). Im Auftrag der Gemeinschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) entwickelte das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) Trainingskurse im Bereich zivile Krisenprävention, Friedensbildung sowie Wahlbeobachtung. Großbritannien stellt am KAIPTC den leitenden Direktor und den Finanzdirektor, hat also zentrale Positionen in dem Ausbildungscenter inne. Die Ecole de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako wird vor allem von Frankreich betrieben und finanziert, allerdings wurde die Schule von Deutschland durch einen Beitrag für die Baumaßnahmen unterstützt. Zudem werden Polizeikurse jährlich finanziell gefördert. Außerhalb Westafrikas wird das Peace Support Training Centre (PSTC) in Nairobi/Kenia durch die Bundesregierung mitfinanziert.

Dass die Zentren ohne die Unterstützung durch europäische Länder nicht funktionieren würden, zeigt sich u.a daran, dass das Ausbildungszentrum der südafrikanischen Regionalbrigade in Simbabwe aufgrund der schlechten Beziehungen des Präsidenten Mugabe zum Westen keine Unterstützung erhält und deshalb seine Arbeit einstellen musste.



Links unten: Die Ausbildungszentren der Regionalorganisationen

Global Peace Operations Initiative (GPOI)

Die Global Peace Operations Initiative (GPOI) ist ein Programm der USA im Rahmen einer Initiative der G8 von 2003 um Soldaten auszubilden, die dann für multinationale, friedenserzwingende Einsätze zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit einer solchen Initiative entsteht aus der Situation heraus, dass immer größere und robustere UN-Einsätze entsendet werden, die autorisierte Stärke der Mission jedoch im Allgemeinen nicht erreicht und das Mandat nicht erfüllt werden kann. Da die Länder des globalen Nordens nicht gewillt oder in der Lage sind, eigene Truppen zu entsenden, werden Soldaten aus Ländern des Südens ausgebildet und ausgestattet.

Im Juli 2009 konnte das Außenministerium der USA verkünden, sie hätten bereits mehr als 75.000 Soldaten – also die Zielmarke aller G8 Staaten bis 2010 – ausgebildet, wobei der Schwerpunkt auf afrikanischen Soldaten lag. Nach 24 Stunden Training gelten Soldaten als Peacekeeper, die Ausbildung übernehmen zunehmend private Militärfirmen. Der Rechnungshof der USA kritisierte 2008, dass den Streitkräften in zahlreichen Ländern, in denen im Rahmen von GPOI Soldaten ausgebildet werden, massive Menschenrechtsverletzungen begehen.

Neben der Ausbildung von Soldaten werden mit Geldern aus dem Fond des GPOI auch Einsätze der Afrikanischen Union finanziert und logistisch unterstützt.

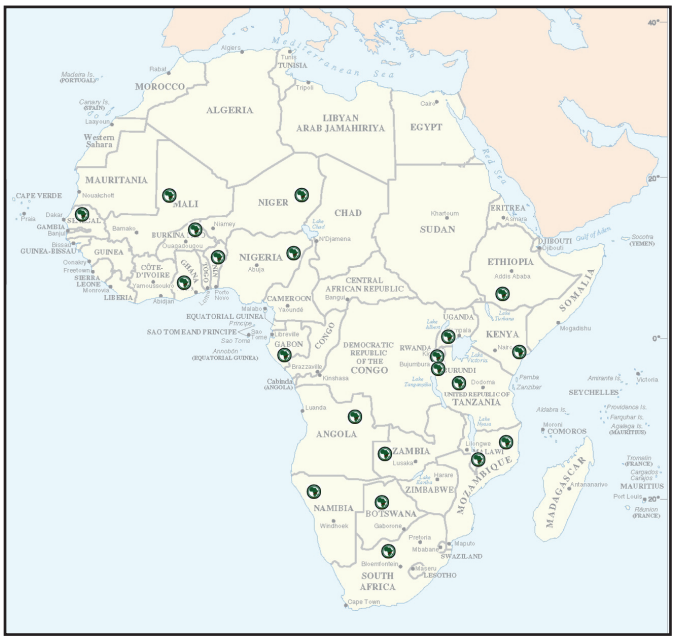
Rechts oben: Länder, in denen Soldaten in Rahmen von GPOI ausgebildet werden

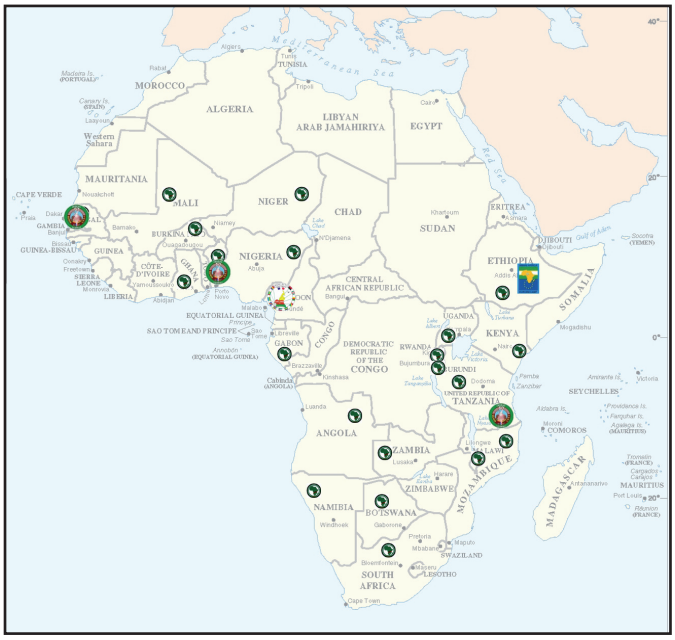
RECAMP

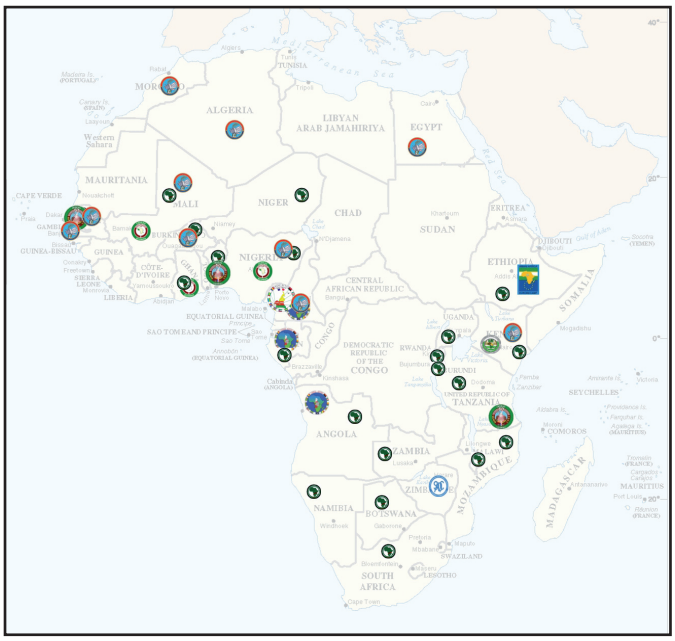
Alle europäischen Staaten, die in Afrika Kolonien hatten, vor allem aber Frankreich, Großbritannien, Belgien und Portugal leisten Militärhilfe, die seit Ende des Kalten Krieges im Allgemeinen unter dem Label des Peacekeepings laufen. Großbritannien hat vor allem mobile Trainingsteams, die Übungen und Kurse in Afrika organisieren. Portugal und Belgien unterhalten in erster Linie Militärschulen und Ausbildungszentren in ihren ehemaligen Kolonien. Die Militärhilfe Frankreichs ist seit 1998 unter dem Programm RECAMP (Renforcement des capacités africaines au maintien de la paix) gebündelt. Das Ziel, so Gabriel de Bellescize, ehemaliger RECAMP-Botschafter, sei es, den Afrikanern zu helfen „die Architekten ihres eigenen Glücks zu werden". Die Ausbildungskomponente von RECAMP ist in Zyklen unterteilt, die jeweils zwei Jahre laufen. Innerhalb dieser Zyklen werden Militärs auf allen Ebenen trainiert, afrikanische ranghohe Offiziere in Militärschulen in Afrika und Europa, rangniedere in simulierten Übungen oder im Feld. Neben der Ausbildung werden im Rahmen von RECAMP afrikanische Soldaten für Einsätze ausgerüstet. Frankreich betreibt dazu drei Ausrüstungsdepots auf französischen Militärbasen in Dakar, Libreville und Dschibuti.

Mittlerweile ist RECAMP ein europäisches Programm und heißt jetzt Amani Africa – EuroRECAMP. Aus den meisten afrikanischen Staaten haben inzwischen Soldaten an Übungen im Rahmen von RECAMP teilgenommen.

Rechts mitte: Staaten, in denen die bisherigen RECAMP-Trainingszyklen ihren Sitz hatten
Rechts unten: Einrichtungen und Programme zur Ausbildung afrikanischer Soldaten

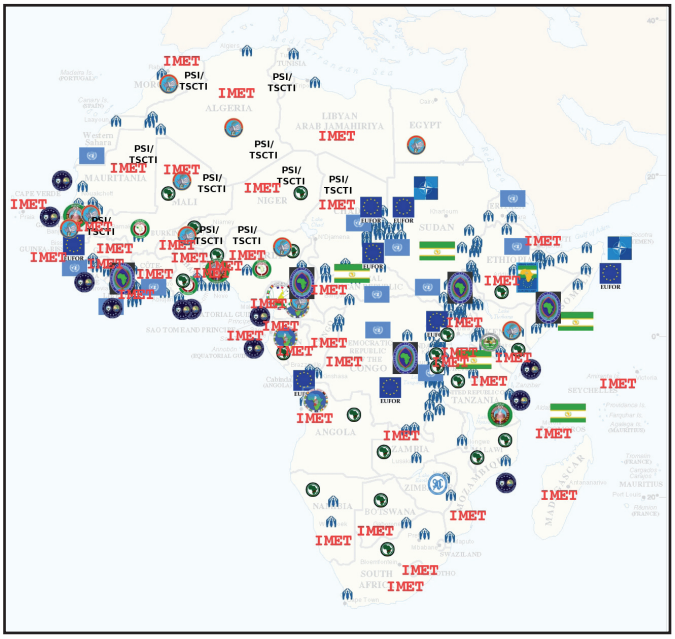






Gendarme aus Europa

Gendarmerien – also Einheiten, die sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben wahrnehmen können - spielen in friedenserzwingenden Einsätzen eine zunehmend wichtige Rolle. Sie sollen die die Lücke zwischen den Fähigkeiten von Polizeieinheiten, die zwar dazu in der Lage sind, Kriminalität zu bekämpfen, allerdings in Situationen von Bürgerkriegen sowohl mit ihrem Selbstschutz als auch mit der „Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung“ überfordert sind und denen des Militärs, das wiederum im Umgang mit Zivilisten vollkommen überfordert ist, schließen. Gendarmerien aus Ländern des Südens werden seit 2005 am „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) in Vicenza, Italien, ausgebildet. Die Einrichtung des COESPU wurde auf dem G8-Gipfel in Evian 2003 beschlossen und in erster Linie von den USA finanziert, Ausbilder stellt vor allem die italienische Carabinieri. Hier werden Gendarmen aus Ländern des Südens Fähigkeiten in den Bereichen „Crowd an Riot Control“, Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Festnahmen mit hohem Risiko, Gefängnissicherheit, Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen, der Sicherung von Wahlen und prominenten Persönlichkeiten sowie des Grenzschutzes vermittelt. Selbstverständlich werden die Gendarmen nicht nur für friedenserzwingende Missionen sondern vor allem auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Der Hauptsitz der „European Gendarmerie Force“ befindet sich auf dem Gelände des COESPU.



US-Aktivitäten vor und in Afrika

Die US-Marine hat eine Initiative namens “Africa Partnership Station” begründet, in deren Rahmen regelmäßig US-amerikanische Kriegsschiffe in westafrikanische Häfen einlaufen, um gemeinsame Übungen oder Kurse für die jeweilige Küstenwache und Marine abzuhalten. Ziel der Initiative ist es, “die Fähigkeit der beteiligten Nationen zu verbessern, die Herrschaft des Rechts auf die See auszudehnen und illegale Fischerei, Menschenschmuggel, Drogenhandel, den Diebstahl von Öl und die Piraterie besser bekämpfen zu können”. Im Rahmen der Pan-Sahel Initiative (PSI, später: Trans-Sahel Counter-Terrorism Initiative TSCTI) werden Spezialeinheiten der offiziellen Streitkräfte der meisten Sahara-Staaten ausgerüstet, ausgebildet und auch operativ unterstützt, um Ableger des Al-Kaida Netzwerkes in Nordafrika zu bekämpfen. Da viele der beteiligten Staaten an solch einer Unterstützung interessiert sind, simulieren oder übertreiben sie die tatsächlichen terroristischen Aktivitäten in ihrem Land und bezichtigen gelegentlich aufständische Gruppen und Nomadenstämme der Zusammenarbeit mit Al Kaida. Unter der Ägide des neuen Oberkommandos der US-Streitkräfte für Afrika (AfriCom) werden in mehreren Ländern wie Uganda und Somalia Soldaten ausgebildet und bei Einsätzen gegen die Lords Resistance Army (DR Kongo / Uganda) sowie die Al-Shabaab-Milizen in Somalia auch militärisch unterstützt. Aus nahezu allen afrikanischen Ländern wurden in den letzten zwei Jahren höherrangige Soldaten im Rahmen des IMET-Programm (International Military Education and Training) an US-amerikanischen Militärakademien ausgebildet. Dadurch sollen Kontakte zu den jeweiligen Streitkräften und einzelnen Einheiten geknüpft und vertieft werden und die ausländischen Soldaten sollen auch den “American Way of Life” kennen lernen.

Links mitte: Aktivitäten der US-Army
Links unten: Länder, deren Teilnahme am LGAI bekannt wurde

Die Führungsakademie der Bundeswehr

Neben der Ausbildung von Bodentruppen ist für den globalen Norden auch der Kontakt zu Führungskräften innerhalb der afrikanischen Militärs von Bedeutung. Über Lehrgänge wird in Militärakademien in Europa und den USA der persönliche Kontakt zu zukünftigen ranghohen Militärs in Ländern des Südens hergestellt. In Deutschland existiert dazu der “Generalstabs-/Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung” (LGAI) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Zum 50jährigen Geburtstag der Akademie erklärte Bundespräsident Köhler: „Demnächst werden es mehr als 1400 ausländische Gäste sein, die hier einen Lehrgang absolviert haben; und viele haben danach in ihren Heimatländern militärische und nichtmilitärische Spitzenpositionen übernommen“. Dies zeige, so Köhler, „welch exzellenten Ruf die ‚FüAk’ weltweit genießt“. Meist ist nicht be-

kannt, aus welchen Staaten Offiziere am LGAI teilnehmen. Nur manchmal wird dies öffentlich wie im Fall von Moussa Dadis Camaras, der sich im Dezember 2008 in Guinea an die Macht putschte. Camara und andere Militärs, die an dem Putsch teilgenommen haben, hatten an mehreren Ausbildungslehrgängen an der Führungsakademie teilgenommen und dort unter anderem deutsch gelernt, weswegen sie sich in der Vorbereitung des Putsches vor allem auf Deutsch verständigt hatten. International bekannt wurde Camara nach der brutalen Niederschlagung von Protesten gegen seine Regierung in einem Fußballstadion in Conakry, der Hauptstadt Guineas, bei der schätzungsweise 150 Menschen getötet wurden und für die Camara selbst laut einem UN-Bericht die Hauptverantwortung trägt.

Unten: Afrikanische Sicherheitsarchitektur, oder: eine unvollständige Karte der westlichen Militarisierung Afrikas